

2 Wahlsysteme

Zwei Grundtypen von Wahlsystemen

25 Die unterschiedlichen Wahlverfahren – es wurden mehr als 300 gezählt – lassen sich auf zwei Grundtypen zurückführen: Mehrheitswahl und Verhältniswahl. Hinsichtlich ihrer Auswirkungen lässt sich in Bezug auf die Mehrheits- und Verhältniswahl folgender Vergleich ziehen:

Tabelle 3 Auswirkungen von Wahlsystemen

Auswirkungen hinsichtlich	Mehrheitswahl	Verhältniswahl
Erfolgswert der Stimmen	ungleich	gleich
Zuordnung Stimmabgabe-Wahlergebnis	einfach	schwierig
Hochburgenanfälligkeit	hoch	gering
Unabhängigkeit des Abgeordneten	bedingt größer	bedingt niedriger
interne Variationsbreite der Wahlsysteme	geringer	höher

Quelle: Nohlen 2004, S. 141

Bei der *Verhältniswahl* erhält jede Partei so viele Mandate, wie dies ihrem prozentualen Anteil an den Wählerstimmen entspricht, idea-

erweise also bei 35 Prozent der Stimmen auch 35 Prozent der Parlamentssitze.

Bei der *Mehrheitswahl* erhält die Kandidatin/der Kandidat das Mandat, die/der in einem Wahlkreis die meisten Stimmen erzielt hat. Die für die unterlegenen Kandidaten abgegebenen Stimmen finden keine Berücksichtigung.

Die beiden Grundtypen *Mehrheitswahl* und *Verhältniswahl* unterscheiden sich zunächst einmal darin, auf welche Weise die Verwandlung von Wählerstimmen in Mandate erfolgt. Die Beschaffenheit dieser Regelungen im Einzelnen ist von großer Bedeutung. Wahlsysteme unterliegen daher immer wieder Veränderungen, wobei diese oft mit Bestrebungen politischer Gruppierungen einhergehen, ihre politische Macht zu erhalten oder zu vergrößern (z. B. »Grabenwahlsystem« ► 37). Wahlsysteme sind also immer hochgradig politisch. Sie beeinflussen vor allem:

- die Zusammensetzung des zu wählenden Organs;
- die Struktur des Parteiensystems;
- die Meinungs- und Willensbildung des Bürgers;
- die Stellung von Interessenverbänden;
- die politische Kultur.

Das Mehrheitswahlsystem

26 Der Begriff *Mehrheitswahl* steht für ein Entscheidungsprinzip, nach welchem unter Aufgabe des Prinzips der Einstimmigkeit die *Mehrheit* der abgegebenen Stimmen entscheiden soll. »Der Mehrheitsauswahl liegt im Gegensatz zur Verhältniswahl die Zielvorstellung zugrunde, bei Wahlen eine Mehrheitsbildung und eine Entscheidung über die politische Führung herbeizuführen, eine Partei mittels parlamentarischer Mehrheitsbildung für die Regierungsbildung zu befähigen. Die Mehrheitswahl als Prinzip politischer Repräsentation ist politisch, denn sie strebt nach Integration, sie ist dynamisch, denn sie fordert zur politischen Willensbildung auf, sie ist funktional, denn sie entspricht in parlamentarischen Regierungssystemen den institutionellen Bedingungen, unter denen parlamentarische Regierung und Kontrolle (mittels der Chance des Macht-

wechsels) am besten verwirklicht werden können« (Vogel, Nohlen, Schultze 1971, S. 28). Somit besteht das angestrebte politische Ziel der Mehrheitswahl in der Etablierung einer Ein-Partei-Regierung. Ihre Hauptfunktion liegt also in der Fähigkeit, eine Regierungsmehrheit zu schaffen.

Absolute Mehrheitswahl

27 Allgemein besagt das Grundprinzip der Mehrheitswahl, dass diejenige Kandidatin/derjenige Kandidat, für ein Amt gewählt ist, die/der eine Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt. Hierbei muss unterschieden werden zwischen *absoluter* und *relativer* Mehrheitswahl. Bei der *absoluten Mehrheitswahl* gilt die Kandidatin/der Kandidat als gewählt, die/der *mehr als die Hälfte* der abgegebenen gültigen Stimmen im Wahlkreis auf sich vereinigt.

Ein solches Ergebnis tritt nicht zwangsläufig ein. Deshalb bedarf das System einer weiterführenden Regelung, die wie folgt aussehen könnte:

Für diejenigen Wahlkreise, in denen im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht, also mehr Stimmen als seine Gegenkandidaten zusammen, findet ein zweiter Wahlgang statt. Für diesen zweiten Wahlgang gibt es wiederum Variationen. Handelt es sich um ein absolutes Mehrheitswahlsystem mit *Stichwahl*, so treten nur die beiden im ersten Wahlgang bestplatzierten Kandidaten zur Stichwahl an (z. B. französische Präsidentenwahl ► 237). Das bedeutet automatisch die Anwendung der absoluten Mehrheitswahl für den zweiten Wahlgang. Dieses Wahlsystem wurde auch im deutschen Kaiserreich in der Zeit zwischen 1871 und 1914 bei der Wahl zum Deutschen Reichstag praktiziert. Eine Variante dieses absoluten Mehrheitswahlsystems bietet die Wahl zur französischen Nationalversammlung, wonach all jene Kandidaten zum zweiten Wahlgang zugelassen werden, die im ersten Wahlgang mindestens 12,5 Prozent der Stimmen der eingetragenen Wähler erhalten haben. Treten hierbei zum zweiten Wahlgang mehr als zwei Kandidaten zur Wahl an, so gilt dann der Kandidat als gewählt, der die *meisten* Stimmen auf sich vereinigt hat (hier also die *relative* Mehrheit) (► 242). Die absolute Mehrheitswahl mit Stichwahl,



auch mit der angegebenen französischen Variante, führt in der Regel im zweiten Wahlgang zu Wahlbündnissen zwischen nahestehenden Parteien und begünstigt wenn nicht die Bildung eines Zweiparteiensystems so doch eines Zweiblocksystems, das allerdings durch andere politische Entwicklungsprozesse wiederum stark in Frage gestellt werden kann.

Relative Mehrheitswahl

28 Ebenso wie beim absoluten Mehrheitswahlsystem hat jeder Wähler *eine* Stimme. Die Kandidatin/der Kandidat benötigt zur Wahl lediglich *eine Stimme mehr* als die Mitbewerber/-innen. Die Wahl erfolgt in einem einzigen Wahlgang in jedem Wahlkreis. Gewählt ist diejenige Kandidatin/derjenige Kandidat, die/der die höchste Stimmenzahl erreicht. Die Mehrheitswahl als Entscheidungsprinzip bewirkt sowohl in absoluter wie auch in relativer Spielart, dass die Stimmen für den (die) unterlegenen Kandidaten bei der Ermittlung des Wahlergebnisses nicht berücksichtigt werden. Aber auch

diejenigen Stimmen, die über das unabdingbare Minimum zur Erreichung eines Mandats hinausgehen, spielen bei der Ermittlung des Wahlergebnisses keine Rolle.

Klassischer Anwendungsfall des relativen Mehrheitswahlsystems ist Großbritannien (► 240). Hier werden die 650 Abgeordneten in Einerwahlkreisen in einem einzigen Wahlgang gewählt. Gewählt ist derjenige Kandidat, der im Wahlkreis die höchste Stimmenzahl erreicht hat. Das bedeutet, dass alle Stimmen für den unterlegenen Kandidaten fortfallen und dadurch ein Verzerrungseffekt eintritt. Im Extremfall kann es bei der relativen Mehrheitswahl auch zur Umkehrung der Stimmen-Mandate-Relation kommen, d. h., dass eine Partei zwar die Mehrheit an Stimmen, jedoch nicht die Mehrheit an Mandaten erzielt.

Modifizierte Mehrheitswahlssysteme

29 Wahlssysteme werden diskutiert, in der Wissenschaft wie in der politischen Praxis. Den Anstoß zur Diskussion geben ebenso häufig die Bemühungen um Verfeinerung wie handfeste Machtinteressen von Parteien. In der Bundesrepublik Deutschland spielten in der Wahlsystemdiskussion u. a. zwei modifizierte Mehrheitswahlssysteme eine Rolle, die kurz vorgestellt werden sollen. Zunächst handelt es sich um die

Relative Mehrheitswahl mit Ergänzungsliste

30 Nach einem Vorschlag des Kölner Politikwissenschaftlers Ferdinand A. Hermens in den 50er Jahren sollten vier Fünftel der insgesamt 625 Abgeordneten nach dem Prinzip der Mehrheitswahl in 500 Wahlkreisen direkt gewählt werden. Die restlichen 125 Mandate (das fünfte Fünftel) sollten proportional zu der Anzahl der Mandate vergeben werden, mit der die Parteien im Parlament vertreten waren. Die Verfechter dieses Wahlsystems beabsichtigten, den zentralen Parteigremien mehr Mitspracherecht bei der Aufstellung der Kandidaten zu sichern.

31 Ein zweites stark diskutiertes Modell war das von Hartmut *Unkelbach* in den 50er Jahren vorgeschlagene Mehrheitswahlrecht mit Minderheitenquorum. Eine kleine Zahl (2–5) der Einerwahlkreise wird zu einem Wahlbezirk zusammengefasst. In jedem Wahlbezirk wird ein weiteres Mandat nach einem komplizierten Verfahren verteilt.

Ob dieses Wahlsystem tatsächlich kleinere Parteien bzw. Minderheiten schützt, ist oft bezweifelt worden. Den beiden großen Parteien CDU und SPD wurden auch nach diesem Wahlsystem bessere Chancen eingeräumt.

Das Verhältniswahlsystem

32 Die Verhältniswahl ist geistesgeschichtlich in die Französische Revolution von 1789 einzuordnen und betont besonders das Grundprinzip der »Gleichheit«. Wie der Begriff Mehrheitswahl ist auch der Begriff Verhältniswahl in zweifacher Weise zu verstehen. Er bezeichnet zum einen das Entscheidungsprinzip und zum anderen das Repräsentationsprinzip. Als Entscheidungsprinzip bedeutet Verhältniswahl die Vergabe der Mandate nach dem Verhältnis der Stimmen zueinander. Als Repräsentationsprinzip liegt der Verhältniswahl die Zielvorstellung zugrunde, im Parlament ein getreues (partei-)politisches Abbild der Wählerschaft entstehen zu lassen, wobei jede Stimme den gleichen Erfolgswert besitzt. »Dem Repräsentationsprinzip der Verhältniswahl kommt es nicht primär auf die *technische Abwicklung* der Verteilung der Mandate an, sondern auf das Ergebnis der Mandatsvergabe, auf eine annäherungsweise *Proportionalität von Stimmen und Mandaten*« (Vogel, Nohlen, Schultze 1971, S. 29). Die Hauptfunktion des Verhältniswahlsystems besteht somit in einer möglichst getreuen Widerspiegelung der in der Wählerschaft bestehenden gesellschaftlichen Kräfte.

Die Mandatzuteilung bei Verhältniswahlssystemen erfolgt auf unterschiedliche Weise. Es gibt Verrechnungsmethoden wie das *Divisorenverfahren* (z. B. Wahl des Bundestages der Bundesrepublik Deutschland bis 1987), das *Wahlzahlverfahren* (Niederlande) und *Methoden des größten Durchschnitts* oder des *Überrestes*.

Das Bundeswahlssystem ist ein im Wesentlichen auf der Verhältniswahl beruhendes Wahlsystem (► Kapitel 4).

Das d'Hondtsche Verfahren

33 Das von dem belgischen Mathematiker Viktor *d'Hondt* entwickelte *Divisorenverfahren* wurde bis 1987 für die Sitzzuteilung bei der Wahl des Deutschen Bundestages und den Wahlen zu den meisten Landtagen der einzelnen Bundesländer angewendet. Die Umwandlung von Stimmen in Mandate vollzieht sich nach diesem Verfahren wie folgt: Die von den einzelnen Parteien erzielten Stimmenzahlen werden nacheinander durch die Zahlen 1, 2, 3, 4, 5, 6 usw. geteilt. Jede Teilung ergibt eine sogenannte *Höchstzahl*. Es werden so viele Höchstzahlen errechnet wie Mandate zu vergeben sind. Die größte Höchstzahl erhält Mandat Nr. 1, die zweitgrößte Mandat Nr. 2 usw.

Ein Beispiel:

In einem Wahlkreis sind zehn Abgeordnete zu wählen. Von den 10 000 Stimmen entfallen auf die Partei A: 4160, auf die Partei B: 3380, auf die Partei C: 2460 Stimmen. Teilt man diese Zahlen der Reihe nach durch 1, 2, 3 usw., so entstehen folgende Reihen:

Partei A	Partei B	Partei C
:1 4160 (1)	:1 3380 (2)	:1 2460 (3)
:2 2080 (4)	:2 1690 (5)	:2 1230 (7)
:3 1386 (6)	:3 1126 (8)	:3 820
:4 1040 (9)	:4 845 (10)	:4 615
:5 832	:5 676	:5 492

Die Partei A erhält das erste, vierte, sechste und neunte Mandat. Die Partei B das zweite, fünfte, achte und zehnte, die Partei C das dritte und siebte Mandat (entsprechend den hinter die Quotienten gesetzten Zahlen).

Das *d'Hondtsche* Höchstzahlenverfahren soll folgendem Grundsatz Rechnung tragen, dass keine Gruppe ein Mandat oder ein wei-

Von der Wählerstimme zum Mandat

Verfahren der Stimmenverrechnung

nach d'Hondt

Beispiel: Es sind **11** Sitze zu vergeben

	Partei A	Partei B	Partei C
Stimmzahl	6 000	3 100	2 950
geteilt durch			
1	6 000 (1)	3 100 (2)	2 950 (4)
2	3 000 (3)	1 550 (6)	1 475 (8)
3	2 000 (5)	1 033 (10)	983
4	1 500 (7)	775	738
5	1 200 (9)	620	590
6	1 000 (11)	517	492

Die zu vergebenden Sitze
(1) bis **(11)** werden in der
Reihenfolge der Höchstzahlen
an die Parteien verteilt

	▼	▼	▼
Sitze	6	3	2

Vereinfachte Modellrechnung

nach Hare-Niemeyer

Es sind **11** Sitze zu vergeben

Partei A	Partei B	Partei C	
6 000	3 100	2 950	Stimmzahl

Für jede Partei wird berechnet:

Gesamtzahl der Sitze × Stimmzahl der Partei
Gesamtzahl der Stimmen aller Parteien

5,48	2,83	2,69
Δ	Δ	Δ

Vor dem Komma ist abzulesen,
wie viele Sitze jede Partei mindestens erhält.

Die dann noch zu vergebenden Sitze
werden den Parteien in der Reihen-
folge der größten Zahlenbruchteile
hinter dem Komma zugeteilt

	▼	▼	▼
5,48	2,83	2,69	
▼	▼+1	▼+1	

5	3	3	Sitze
----------	----------	----------	--------------

ZAHLENBILDER

© Erich Schmidt Verlag

86

© Erich Schmidt Verlag

86 131

teres Mandat erhält solange nicht eine andere Gruppe auf eine größere Stimmziffer ein Mandat oder ein weiteres Mandat erhalten hat.

Dennoch sichert auch das *d'Hondtsche* Höchstzahlenverfahren nicht die absolute Gerechtigkeit, denn es begünstigt letztendlich – wenn auch nur leicht – die großen Parteien. Diese Begünstigung wird umso stärker, je geringer die Anzahl der zu vergebenden Sitze ist. Eine Gefährdung des Proporzgedankens bei Bundes- oder Landtagswahlen geht allerdings hiervon nicht aus. Bei den Bundestagswahlen führte die Anwendung dieses Verfahrens bei der Verteilung der Sitze, die einer Partei im Bundestag insgesamt zustehen, zu einer gewissen Benachteiligung ihrer Listen aus kleineren Bundesländern bzw. jener Landeslisten, die weniger Stimmen gewinnen konnten als die anderen. Es handelte sich hier allerdings um eine ›innerparteiliche‹ Verschiebung, die tolerierbar schien, zumal es ein absolut gerechtes Stimmenverrechnungssystem nicht gibt.

Die Verfahren nach Hare und Niemeyer

34 Die Systeme *Hare* (Wahlzahlverfahren) und *Niemeyer* (Verhältnis der mathematischen Proportion) werden zusammen behandelt, da sie zur selben Sitzverteilung führen.

Beim Verrechnungsverfahren *Niemeyer* werden den einzelnen Parteien und Wählergruppen von den Sitzen so viele zugeteilt, wie ihnen im Verhältnis der auf sie entfallenden Stimmenzahlen zur Gesamtstimmenzahl aller an der Sitzverteilung teilnehmenden Wahlvorschläge zustehen.

Ein Beispiel:

Partei	Stimmen
A	14 500
B	9 620
C	5 340
D	4 890

34 350 gültige Stimmen.

Verwandlung der Stimmen in Mandate:

Auf 34 350 entfallen 30 Sitze.

$$\begin{aligned} \text{Also: Für Partei A} \quad & 34\,350 = 30 \text{ Sitze} \\ & 14\,500 = ? \text{ Sitze} \\ & \frac{14\,500 \times 30}{34\,350} = 12,6637 \end{aligned}$$

$$\text{Also: Für Partei B} \quad \frac{9\,620 \times 30}{34\,350} = 8,4017$$

$$\text{Also: Für Partei C} \quad \frac{5\,340 \times 30}{34\,350} = 4,6637$$

$$\text{Also: Für Partei D} \quad \frac{4\,890 \times 30}{34\,350} = 4,2707$$

Die Parteien erhalten zunächst so viele Sitze, wie sich für sie durch das Rechenverfahren ganze Zahlen ergeben.

Partei	Sitze nach ganzen Zahlen	Sitze nach Zahlenbruchteilen	Insgesamt
A	12	1	13
B	8	–	8
C	4	1	5
D	4	–	4
	28	2	30

Es sind jetzt allerdings noch nicht alle Sitze vergeben. Die Vergabe der noch verbleibenden zwei Sitze regelt sich nach dem in der Bundesrepublik Deutschland zur Anwendung kommenden Wahlrecht nach der Größe des Überrestes, also der Höhe der Zahlenbruchteile. Demnach haben Partei A und Partei C jeweils noch einen Sitz zu beanspruchen.

Das System *Hare* führt zum gleichen Ergebnis:

Ausgehend von unserem Zahlenbeispiel wird eine Wahlzahl (oder Wahlquotient) gebildet, wodurch ausgedrückt wird, wie viele Stimmen auf einen Sitz entfallen. Also:

34 350 Stimmen: 30 Sitze = 1145 Stimmen/Sitz. Durch diese Wahlzahl 1145 werden die von Parteien erzielten Stimmen dividiert. Das ergibt für Partei A 12,6637; für B 8,4017; für C 4,6637; für D 4,2707. Die Verteilung der Sitze erfolgt dann wie oben beschrieben.

- Manche Wahlvorschriften sehen vor, falls eine Partei mehr als die Hälfte der Stimmen erreicht hat, durch das Rechenverfahren aber nicht auch mehr als die Hälfte der Sitze zugesprochen bekommt – was bei bestimmten Zahlenkonstellationen möglich ist –, dass vor der Zuteilung nach Zahlenbruchteilen die Zuweisung eines weiteren Sitzes an diese Partei erfolgt.

Die Systeme *Hare* und *Niemeyer* begünstigen in Grenzfällen tendenziell die kleineren Parteien. Wendete man sie für das unter dem Verfahren *d'Hondt* angeführte Beispiel an, erhielte die Partei A 4 Sitze (wie bisher *d'Hondt*), Partei B 3 Sitze (anstelle 4 nach *d'Hondt*) und Partei C 3 Sitze (2 Sitze plus 1 Sitz nach Zahlenbruchteilen statt nach *d'Hondt* 2 Sitze). (vgl. Schaubild S. 36)

Gegenüber *d'Hondt* haben die Verfahren *Hare/Niemeyer* den Nachteil, dass nicht im ersten Verteilungsschritt bereits alle Sitze

Stichwort: Wahlen

Ein Ratgeber für Wähler, Wahlhelfer und Kandidaten

Woyke, W.

2013, XVI, 330 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-19927-6